



Grüß Gott liebe Freunde,

die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat vergangene Woche den bisherigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus (CDU) zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Er folgt damit Volker Kauder, der 13 Jahre an der Spitze der Fraktion stand. Ralph Brinkhaus durfte ich im Rahmen der Vorstandssitzungen des Parlamentskreises Mittelstand im kleinen Kreis in Berlin bereits näher kennenlernen – er steht für eine eigenständige, emanzipierte Union sowie für frischen Schwung und neue Ideen an der Spitze der größten Fraktion im Deutschen Bundestag.



© Florian Obner MdB

Die ländlichen Regionen standen am Mittwoch im Mittelpunkt des Fraktionskongresses Heimat mit Zukunft. Dort unterstrich die Fraktion ihr Bekenntnis zum ländlichen Raum und würdigte dessen Rolle für Deutschland. Zudem war der bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Energie und Technologie, Franz Josef Pschierer, am Dienstag zu Gast beim Parlamentarischen Abend von MTU in der bayerischen Landesvertretung in Berlin. Sein Plädoyer galt vor allem der engen Verzahnung von Mittelstand und Industrie – ein Erfolgsgarant für die dauerhafte Stärke der Wirtschaft in Bayern.



© Florian Obner MdB

Auf dem Wohngipfel im Kanzleramt am 21. September wurde ein Maßnahmenpaket im Umfang von 13 Milliarden Euro verabschiedet. Am Mittwoch debattierte der Bundestag die Ergebnisse in einer Aktuellen Stunde. Horst Seehofer sprach von einem historischen Startschuss. Im Verkehrsausschuss stellte Bundesminister Andreas Scheuer die Eckpunkte für den Haushalt für Verkehr und digitale Infrastruktur im kommenden Jahr vor: Rein investiv werden knapp 20 Milliarden Euro in Schiene, Straße, Wasserwege sowie in schnelles Internet und Mobilfunk gepackt. In keinem anderen Ressort wird in dieser Größenordnung in die Zukunft unseres Landes investiert.

Aber auch die Debatte über den Diesel stand im Fokus. Es wird nun ein Paket geschnürt, welches drei Optionen anbieten soll für diejenigen Autos, bei denen nicht betrogen wurde: Entweder man gibt sein Fahrzeug zurück, man tauscht es, oder es wird Hardware nachgerüstet (Euro 5), sofern dies softwareseitig nicht lösbar ist. Alle diese Möglichkeiten sollen für den Fahrzeughalter freiwillig sein und ohne zusätzliche Kosten erfolgen. Bei denjenigen Fahrzeugen, bei denen betrogen wurde, muss natürlich der Automobilhersteller gerade stehen. Am Ende darf jedoch nicht vergessen werden, dass wir in unseren Städten bereits in den letzten 20 Jahren eine massive Verbesserung der Luftqualität erreicht haben. Den Zirkus, den die Grünen um den Diesel veranstalten, um am Ende nur ein Fahrverbot auszusprechen, lehnen wir entschieden ab.



© Florian Obner MdB

Letzte Woche hat der Bundestag zudem über das im Koalitionsvertrag vereinbarte Pflegesofortprogramm beraten. Am Donnerstag wurde im Plenum debattiert wie der Personalengpass in der Pflege verringert und die Versorgungsqualität verbessert werden kann.



© Florian Obner MdB



Zum Abschluss der Sitzungswoche hat KPV-Kreisvorsitzender Josef Klaus mit mir gemeinsam Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller zu einem Migrationsforum der Kommunalpolitischen Vereinigung im Landkreis Landshut eingeladen. Bei seinem Auftritt in Altdorf warb Müller eindringlich für mehr Solidarität mit Afrika. Er schaffte es eindrucksvoll, die ökonomische Vernunft und die christliche Notwendigkeit wirkungsvoller Hilfsmaßnahmen für den afrikanischen Kontinent deutlich zu machen.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihr Florian Obner MdB

Fraktionsvorsitz

Ralph Brinkhaus folgt Volker Kauder



© picture alliance / dpa

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am Dienstag, den 25. September 2018, Ralph Brinkhaus zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt.



Brinkhaus: „Haben anspruchsvolle Projekte vor uns“

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat einen neuen Vorsitzenden. Ralph Brinkhaus (CDU) folgt auf Volker Kauder (CDU). Der 50-jährige Finanz- und Haushaltspolitiker Brinkhaus gewann am Dienstag mit 125 zu 112 Stimmen die Wahl zum Fraktionsvorsitzenden. Im Anschluss an seine Wahl betonte Brinkhaus, er habe großen Respekt vor der Leistung Kauders. Auch die Fraktion dankte Kauder, der 13 Jahre den Vorsitz der Fraktion innehatte, mit anhaltendem Beifall für seine erfolgreiche Arbeit. „Ich freue mich riesig über das Wahlergebnis“, sagte Brinkhaus am Dienstag. Jetzt gehe es darum, schnell wieder an die Arbeit zu gehen. „Wir haben anspruchsvolle Projekte vor uns.“ Der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, gratulierte Brinkhaus zur Wahl und sagte, er freue sich auf gute Zusammenarbeit. Dobrindt sieht zudem große Übereinstimmungen mit dem neuen Vorsitzenden der Unionsfraktion: „Wir wissen, dass wir an vielen Stellen gleiche politische Überzeugungen haben, gleiche Ideen formulieren können.“ Dobrindt dankte Kauder ebenfalls ausführlich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Diesem Dank schloss sich am frühen Dienstagabend auch die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel an. Sie wünsche sich dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erfolgreich weiterarbeite. Deshalb werde sie Ralph Brinkhaus, wo immer sie könne, unterstützen.

Ländlicher Raum

Starke Regionen



© picture alliance / imageBROKER



Die ländlichen Regionen standen am Mittwoch, den 26. September 2018, im Mittelpunkt des Fraktionskongresses Heimat mit Zukunft.

Deutschland ist ein Land der Regionen

Zwei Drittel aller Deutschen leben in kleineren Städten, Dörfern, auf dem Land. Diese Regionalität ist Deutschlands größte Stärke und diese Stärke gilt es zu erhalten. Jede Tendenz des Auseinanderdriftens von Stadt und Land bei Infrastruktur und Wirtschaftskraft, bei Lebensqualität und Lebensgefühl muss daher schon im Ansatz entgegenwirkt werden. Zur Wahrheit gehört aber auch: Es gibt nicht den ländlichen Raum. Auf der einen Seite gibt es Regionen mit starker Wirtschaftskraft und Infrastruktur, auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit und Abwanderung. So vielfältig wie Deutschlands Regionen, sind auch deren Stärken und Schwächen – und so vielfältig war der Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion *Heimat mit Zukunft*, der sich mit der Thematik des ländlichen Raums beschäftigt. Der Chef der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, lobte den ländlichen Raum. Schließlich säße der Großteil der Innovations- und Wirtschaftskraft Deutschland in den Regionen und nicht zwangsläufig in den urbanen Zentren. Der Berliner Betrieb, Politiker wie Journalisten gleichermaßen, sollen daher nicht nur auf die Städte blicken. „Die Regel ist der ländliche Raum und nicht die Hipster-Viertel in Berlin“, so Dobrindt. Dobrindt forderte zudem mehr politische Entscheidungsfreudigkeit bei strukturpolitischen Entscheidungen, etwa um Firmen an ländlichen Orten anzusiedeln. Man müsse „im Zweifelsfall auch mal gegen eine Nutzen-Kosten-Analyse“ strukturpolitische Entscheidungen treffen. Dies gilt vor allem auch bei der medizinischen Infrastruktur; die CSU im Bundestag sieht sich hier als Anwalt des ländlichen Raums und kämpft für eine adäquate medizinische Versorgung in den Regionen. Gerade auch kleinere Kliniken müssen erhalten werden, um eine Versorgung der Bevölkerung vor Ort zu gewährleisten. CSU-Gesundheitsexperte Stephan Pilsinger erklärte hierzu: „Wir wollen eine wohnortnahe Versorgung mit Notaufnahmen – auch im ländlichen Raum.“

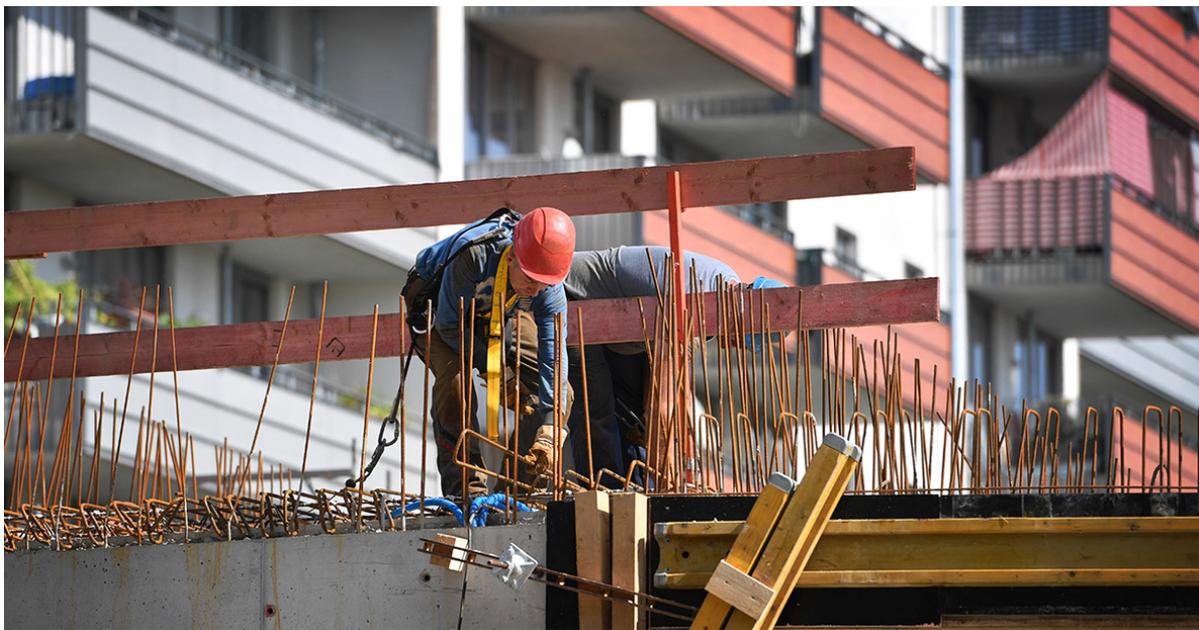
Die Regel ist der ländliche Raum und nicht die Hipster-Viertel in Berlin

Der neue Unions-Fraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) hat im Zuge seines Grußworts für eine stärkere Unterstützung ländlicher Regionen geworben. „Es ist mir ein besonderes Vergnügen, hier heute zu stehen, weil ich auch ein Kind vom Land bin“, sagte der Ostwestfale Brinkhaus. Brinkhaus betonte, der ländliche Raum sei nicht nur Landschaft und Landwirtschaft, „sondern auch unser industrieller und wirtschaftlicher Motor“. Auch Lösung für in Städten auftretende Probleme, etwa Wohnungsknappheit und Verkehrsdichte, lägen mitunter im ländlichen Raum. Durch eine Renaissance des ländlichen Raums, „wenn die Menschen mit Vergnügen wieder im ländlichen Raum leben“, dann hätte man auch eine Lösung für die Ballungsgebiete in diesem Land, so der Fraktionsvorsitzende. Julia Klöckner, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, forderte in ihrem Impulsvortrag im Zuge des Kongresses eine ganzheitliche Strategie für den ländlichen Raum. „Aus vielen kleinen bundesweiten Projekten muss am Ende ein großes Ganzes entstehen: Das Kraftzentrum Ländlicher Raum.“



Wohnraumoffensive

Größte Wohnraumoffensive, die es je bei einer Bundesregierung gab



© picture alliance / Sven Simon

Auf dem Wohngipfel im Kanzleramt am 21. September wurde ein Maßnahmenpaket im Umfang von 13 Milliarden Euro verabschiedet. Am Mittwoch debattierte der Bundestag die Ergebnisse in einer Aktuellen Stunde.

Wohngipfel der Bundesregierung

Der Bundestag hat am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde über die „Ergebnisse des Wohngipfels der Bundesregierung am 21. September 2018 diskutiert. Bundesbauminister Horst Seehofer (CSU) nutzte die Gelegenheit, um noch einmal auf die positiven Ergebnisse des Treffens mit der Bundeskanzlerin, dem Finanzminister und Vertretern der Immobilienwirtschaft hinzuweisen. „Mit dem Wohngipfel hat die Bundesregierung den Startschuss für Maßnahmen gegeben, die zum Neubau von 1,5 Millionen neuen Wohnungen in dieser Legislaturperiode führen werden. Wir haben damit den Grundstein für die größte Wohnrauminitiative gelegt, die es je bei einer Bundesregierung gab“, sagte Horst Seehofer. Das Wohnen bzw. der geeignete Wohnraum sei die entscheidende soziale Frage. Das habe die Bundesregierung verstanden und inzwischen auch geliefert, so der Bundesbauminister. Das Baukindergeld, das rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres eingeführt wurde, sei innerhalb der ersten Wochen auch schon über 10.000 Mal beantragt



worden. Mit dem Baukindergeld gibt es einen Zuschuss zum Eigenheim von 12.000 Euro pro Kind über einen Zeitraum von zehn Jahren.

Baukindergeld, sozialer Wohnungsbau, Wohngeld, Städtebauförderung

Das Baukindergeld ist nur ein Baustein des Pakets. Das Wohngeld wird in Kooperation mit den Ländern zum 1. Januar 2020 an die steigenden Lebenshaltungs- und Wohnkosten angepasst. Für den sozialen Wohnungsbau wird der Bund von 2018 bis 2021 fünf Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Zudem soll die soziale Wohnraumförderung für die Länder auch über das Jahr 2019 hinaus verstetigt werden. Die erforderlichen Grundgesetzänderungen sind bereits vollzogen. Dass der Bund sich verstärkt um den sozialen Wohnungsbau kümmern muss, liegt vor allem daran, dass viele Bundesländer die dafür vorhandenen Mittel zweckentfremdet haben. Und schließlich wird der Bund den frei finanzierten Mietwohnungsbau durch eine steuerliche Sonderabschreibung fördern. Den entsprechenden Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums hat das Bundeskabinett bereits in der vergangenen Woche beschlossen. Allein für diese drei Maßnahmen sowie die Städtebauförderung stellt die Bundesregierung in dieser Legislatur mehr als 13 Milliarden Euro zur Verfügung. Und der Bund wird zudem selbst die Bauherrnrolle wahrnehmen und bezahlbare Wohnungen auf seinen eigenen Grundstücken für seine Bediensteten schaffen. „Wir haben damit den Grundstein für die größte Wohnrauminitiative gelegt, die es je bei einer Bundesregierung gab“, sagte Horst Seehofer.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Der Bundesbauminister betonte zudem, dass die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im urbanen und ländlichen Raum ein wichtiges Ziel dieser Regierung. „Der Wohnungsbau ist dafür auch ein wichtiges Instrument. Gerade im ländlichen Raum geht es oft auch um die Sanierung leerstehender Gebäude oder die Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen“, sagte Horst Seehofer.





Pflegesofortprogramm

Für eine bessere Pflege



© picture alliance / Ulrich Baumgarten

Erstmals hat der Bundestag über das im Koalitionsvertrag vereinbarte Pflegesofortprogramm beraten. Am Donnerstag, 27. September 2018, wurde im Plenum debattiert, wie der Personalengpass in der Pflege verringert und die Versorgungsqualität verbessert werden kann.

Das Pflegesofortprogramm

Ab 2020 soll eine Mindestpersonalausstattung im Bereich der Pflege gewährleistet werden. Jede zusätzliche oder aufgestockte Pflegestelle im Krankenhaus wird künftig zudem vollständig von den Krankenversicherungen refinanziert. Bereits für das Jahr 2018 sollen rückwirkend auch Tarifsteigerungen für Pflegekräfte im Krankenhaus voll refinanziert werden. Der Gesetzentwurf sieht außerdem vor, ab nächstem Jahr die Ausbildungsvergütungen in der Kinderkrankenpflege, der Krankenpflege und der Krankenpflegehilfe im ersten Ausbildungsjahr durch die Kassen zu refinanzieren. Damit soll die Bereitschaft zur Ausbildung deutlich gestärkt werden. Zusätzlich sollen Strukturveränderungen dazu beitragen, Pflegekräfte effizienter einzusetzen. Der Gesetzentwurf sieht auch einige Regelungen vor, um die Attraktivität des Pflegeberufes unmittelbar zu verbessern. So sollen die Krankenkassen jährlich zusätzlich mehr als 70 Millionen Euro in die Gesundheitsförderung von Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen investieren. Die Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf soll ausgebaut werden. Überdies soll eine Digitalisierungsoffensive dazu beitragen, Pflegekräfte zu entlasten. Der Gesetzentwurf soll zu Jahresbeginn 2019 in Kraft treten.



Bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) erklärte im Plenum, mit dem Reformgesetz werde ein wichtiger Schritt unternommen, um den Pflegeberuf wieder attraktiver zu machen und die Versorgung zu verbessern. Spahn sagte, mit dem Gesetz würden Verabredungen der Koalition eingelöst. Es gehe darum, konkrete Verbesserungen in der Pflege zu erzielen und den Menschen damit in schwierigen Situationen beizustehen. Jeder könne in die Lage kommen, Pflege zu benötigen oder sei als Familienangehöriger betroffen. Das Thema sei mittlerweile in jeder Familie angekommen, betonte der Minister. Die gesetzlichen Neuerungen brächten Hilfe im konkreten Alltag. Spahn erneuerte zudem seinen Wunsch, ausgestiegene Pflegekräfte und solche aus Teilzeit zurückzugewinnen. Dies sei möglich, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbesserten. Mit der Novelle werde „ein starkes Signal“ gesendet, dass die Koalition die Lage der Pflegekräfte voll im Blick habe. Auch Georg Nüßlein (CSU), welcher in der Debatte für die CSU im Bundestag sprach, machte deutlich, dass man das Thema Pflege nun deutlich anschiebe. „Wir haben in der letzten Legislatur viel Gutes getan für diejenigen, die gepflegt werden, und wir werden in dieser Legislatur die andere Seite nachziehen und eine ganze Menge dafür tun, dass die Arbeitsbedingungen und auch die Bezahlung von Pflegekräften besser werden“, so Nüßlein.

Impressum

Herausgeber: Florian Ossner MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71 999

E-Mail: florian.ossner@bundestag.de

Fax: 030 / 227 76 999